

Die lange Geschichte der Rechtschreibung ist auch ein anhaltender Disput zwischen Pädagogen und Philologen. Wie schreibt man korrekt? Und wie lässt sich das Richtige vermitteln? Wir haben zwei Experten gebeten, die neuen Regeln zu analysieren.

Reform der Reform im Blick der Fachleute

Realismus statt Purismus

Von Josef Kraus

Das Gutgemeinte (vulgo: gut Gemeinte) ist nicht immer gut. Das gilt auch für die Rechtschreibreform, denn hier gab es allenfalls ein reformerisches Wollen. Der Paradigmenwechsel in Sachen Schreibnormen, nämlich wegzugehen von der Protokollierung sprachlicher Entwicklungen in Wörterbüchern und stattdessen Entwicklungen antizipieren beziehungsweise oktroyieren zu wollen, ist danebengegangen. Schief gehen (vor der Reform: *schiefgehen*) mussten zudem die Missachtung des Kriteriums Lesbarkeit und die Ausrichtung von Sprachnormen auf die Frage, wie man den Kindern das Schreiben erleichtern kann. Wer Sprachnormen aber nur kindgerecht meint gestalten zu müssen, der verarmt die Sprache.

Rein pädagogisch betrachtet, ist die Reform im Sande verlaufen. An die große Vision einer Reduzierung der Schreibfehler um fünfzig und mehr Prozent will sich heute kein Reformier mehr erinnern. Und kein Kultusministerium will wirklich wissen, ob seit 1996 weniger Fehler gemacht werden. Studien dazu hat es selbst in Zeiten einer inflationär um sich greifenden Testeritis nicht gegeben. Allerdings ist auch die Erfahrung Zigtausender Lehrer Empirie, und diese Empirie ist zwiespältig. Die einen sagen, die neuen Regeln hätten sich problemlos einführen lassen. Andere betonen, dass sich die Zahl der Fehler keineswegs reduziert, sondern durch Generalisierungen (*ausserdem, Strasse*) sogar erhöht habe. Und schließlich gibt es Lehrer, die eben nur noch diejenigen neuen Regeln beachten, die seit 1996 unverändert „stehen“ und relativ eindeutig sind (siehe s-Schreibung).

An die Spezialitäten der Groß-/Kleinschreibung sowie der Zusammen-/Getrennschreibung wagt sich ohnehin kaum einer heran. Lehrer und Schüler sind es jedenfalls leid, jedes Jahr ein neues Reförmchen der Reform vorgesetzt zu bekommen. Deshalb hat man sich in der Schule gelassen daran gewöhnt, zugleich mit Millionen von Bibliotheksbüchern in herkömmlicher Schreibung, mit reformkritischen Zeitungen und mit reformierten Schulbüchern zu leben. Wenn das Abendland wirklich untergeht, dann wohl aus anderen Gründen.

Wie geht es weiter? Nun, ein bisschen mehr Übersichtlichkeit hätte man in den Schulen nach wie vor gern. Die Chance dazu wurde leider wieder nicht vollständig genutzt, denn die Arbeit des Rates für deutsche Rechtschreibung konnte die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen: Die Prüfvorgaben waren dafür zu eng gefasst, der Zeitplan war zu knapp, und die „Räte“-Konstellation nicht gerade ausgewogen.

Die Schulen mögen durchaus anerkennen, dass der „Rat“ die Kommasetzung bei Infinitivgruppen wieder verbindlicher machen möchte, dass er in der Frage der Worttrennung am Zeilenende abstruse Beispiele tilgen will (*Bi-omiüll, Urin-stinkt*) und dass er das „Du/Dein“ im Brief wieder zur

Großschreibung befördert. Auf halbem Wege stehen geblieben ist der „Rat“ freilich bei der Getrennt- und Zusammenschreibung sowie bei der Groß- und Kleinschreibung. Hier gab es Fortschritte (*müßiggehen, querlesen; Erste Hilfe, Gelbe Karte*), aber es bleiben Disparitäten, die schwer verständlich zu machen sind: *Rad fahren* versus *seiltanzen*; *Auto fahren* versus *spazieren fahren*; *Maß halten/maßhalten* (beides gültig) versus *maßregeln* (allein gültig). Zudem soll die Zahl der Variantenschreibungen weiter vergrößert werden. Den Schülern ist dieses Prinzip Beliebigkeit naturgemäß recht, nur wissen sie wahrscheinlich kaum, wann Varianten erlaubt sind und wann nicht.

Der Rechtschreibunterricht wird ob dieser Mängel nicht sterben oder gar einer totalen Privatisierung der Schreibung Platz machen. Die Deutschlehrer werden auch zukünftig vieles daransetzen, das Systematische an der Orthografie herauszuarbeiten. Der puristischen Vorstellung, man könne vor 1996 zurückgehen, wird kaum noch einer anhängen können. Viele sagen: Besser ein reformerisches Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Außerdem könnte sich eine realpolitische Betrachtung Platz schaffen. Voraussetzung dafür ist, dass der Schule möglichst bald gesagt wird, was denn nun „amtlich“ ist. Zuletzt war das überhaupt nicht mehr klar, denn selbst der sorgfältigste Deutschlehrer musste sich in Zweifelsfällen (etwa bei *leid tun, Leid tun, leidunt*) fragen, welche der zahlreichen Wörterbücher und „Berichte“ bei der Korrektur gelten: Der „Duden“ der Jahre 1996, 2000 oder 2004? Der „Wahrig“ von 2002 oder 2005? Die „Bertelsmänner“ der Jahre 1996 folgende? Übrigens ist keines dieser Wörterbücher mit irgendeinem anderen in der Regelanwendung identisch.

Es kommt hinzu: Das reformierte Regelwerk von 1996 hat seit seiner Verabschiedung mehrere – von der Kultusministerkonferenz nicht einmal komplett angenommene – Modifizierungen erfahren, und zwar 1998 durch den Ersten Bericht der so genannten Zwischenstaatlichen Kommission, 1999 durch den Zweiten, 2001 durch den Dritten, 2003 durch den Vierten, 2004 durch einen ergänzenden Bericht und ab 2005 durch die Vorschläge des „Rates“.

Muss ein Lehrer all dies auch zukünftig mitreflektieren? Hoffentlich nicht! Voraussetzung für mehr Ruhe an der Rechtschreibfront bleibt jedoch, dass der „Rechtschreibrat“ weiter an den nach wie vor existenten Reformfehlern arbeitet. Zu hoffen ist schließlich, dass Lehrer den Mut haben, herkömmliche Schreibungen weiterhin ohne Sanktionen durchgehen zu lassen. Ansonsten mögen sich sprachanalytische Köpfe mit der Perspektive trösten, dass die Sprache und ihr Volk viel zu vital sind, als dass sie sich von „Experten“ und Kultusministern in ein dilettantisch geflochtenes Netz verstricken ließen.

Unser Autor ist Oberstudiendirektor an einem bayerischen Gymnasium und Präsident des Deutschen Lehrerverbandes.